



Niederschrift

39. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen

Sitzungstermin:	Dienstag, 07.12.2010
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	22:07 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Leitung der Sitzung bis 20.25 Uhr
Herr Volker Klamke	SPD	
Herr Harald Kümmel	SPD	
Herr Peter Lehmann	CDU	
Herr Björn Teuteberg	FDP	ab 18.30 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Brigitte Oldenburg	DIE LINKE	
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18.10 Uhr

sachkundige Einwohner

Frau Kerstin Beyer	Behindertenbeirat
Herr Dr. Timo Jacob	DIE LINKE
Herr Dirk Kühnemann	Grüne/B90
Herr Steffen Pfrogner	DIE LINKE
Herr Norbert Potthast	SPD
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW
Frau Alexandra Wendeler	FDP
Herr Rudi Wiggert	SPD

Beigeordnete

Herr Matthias Klipp	Beigeordneter
---------------------	---------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Rolf Kutzmutz	DIE LINKE	entschuldigt
--------------------	-----------	--------------

- 3.5 Straßenausbaubeitragssatzung (Wiedervorlage)
Vorlage: 10/SVV/0721
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP
- 3.6 Bürgerhaushalt
 - 3.6.1 Quartiersfonds zur Ergänzung des Bürgerhaushalts
Vorlage: 09/SVV/0536
Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere
 - 3.6.2 Finanzielle Mittel zur Umsetzung des Bürgerhaushaltes
Vorlage: 10/SVV/0861
Gruppe Die Andere
 - 3.6.3 Bürgerhaushalt weiterentwickeln
Vorlage: 10/SVV/0865
Fraktion SPD
 - 3.6.4 Bürgerhaushalt Potsdam
Neuaufgabe Beteiligungskonzept Bürgerhaushalt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0887
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV und Beigeordneter für Zentrale Steuerung und Service
mit Änderungsantrag der Fraktion Grüne/B90
 - 3.6.5 Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2011 "Liste der Bürgerinnen und Bürger"
Vorlage: 10/SVV/0920
auch alle Ortsbeiräte
- 3.7 Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. SAN-P 13 "Havelufer/Alte Fahrt"
Vorlage: 10/SVV/0937
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 3.8 Bebauungsplan Nr. 125 'Uferzone Griebnitzsee' , Beschluss zur öffentlichen Auslegung und Änderung des Geltungsbereiches
Vorlage: 10/SVV/0939
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 3.9 Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 125 "Uferzone Griebnitzsee"
Vorlage: 10/SVV/0940
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 3.10 Bebauungsplan Nr. 20 "Am Obelisk" Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: 10/SVV/0961
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 3.11 Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier: Prioritätenfestlegung 2011/2012
Vorlage: 10/SVV/0968
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

auch OBR
- 3.12 Aufstellung touristischer Informationstafeln auf Bundesautobahnen für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0740
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

- 3.13 Verwaltungsvereinbarung zum Weltkulturerbeschutz
Vorlage: 10/SVV/0805
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 3.14 Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße
Vorlage: 10/SVV/0915
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 3.15 Platz vor dem Jagdschloss Stern
Vorlage: 10/SVV/0906
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 erneute BE zur Strategie der Landeshauptstadt Potsdam im Umgang mit
Natursteinpflasterstraßen (Pflasterstraßen) - sh. bitte aus SB-Ausschuss
13.04.10
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4.2 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 28.10.10 bis
10.11.10 und 11.11.20 - 24.11.10 sowie Beantwortung der Nachfragen aus der
Sitzung vom 09.11.10
einschl. Information
- Katharinastraße 11 in Drewitz
- Wattstr. 9/Siemensstr. 5/Eckhaus in Babelsberg
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 5 Verständigung zum Umgang mit außerordentlichen Zusammenkünften
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Klipp eröffnet die Sitzung und informiert, dass sich der Ausschussvorsitzende, Herr Kutzmutz, entschuldigt hat. Bedauerlicherweise kann auch Frau Hüneke als Vertreterin den Vorsitz nicht übernehmen, da sie erkrankt ist.

Entsprechend Geschäftsordnung sollte in einem solchen Falle der an Jahren Älteste die Sitzungsleitung übernehmen. Herr Lehmann teilt mit, dass er sich nicht ausreichend vorbereitet fühle und lehnt dies ab. Herr Klipp fragt Herrn Jäkel, ob er den Vorsitz übernehmen würde. Herr Jäkel erklärt sich dazu bereit und übernimmt die Sitzungsleitung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.11.2010 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße

Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen vom 23.11.2010 liegt den Ausschussmitgliedern noch nicht vor, so dass die Bestätigung des Protokolls auf die nächste Sitzung verschoben wird.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung wurden liegen folgende Anträge auf Rederecht vor:

- zum TOP 3.11 "Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier: Prioritätenfestlegung 2011/2012". DS 10/SVV/0968
 - von Herrn Olaf Willuhn (stellv. Ortsvorsteher Fahrland) und
 - von Frau Anrhein (Bürgerinitiative Hans-Thoma-Str.)

zum TOP 3.6.5 Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2011 „Liste der Bürgerinnen und Bürger“ DS 10/SVV/0887 (hier zum Bürgervorschlag Sportplätze am Babelsberger Park) von der Fraktion Die Andere für Herrn Kallenbach/Herrn Rießler vom SV Concordia Nowawes

Einwände gegen die Erteilung der Rederecht erfolgen nicht.

Herr Kühnemann übermittelt die Bitte von Frau Hüneke, den TOP 3.6 Straßenausbaubeitragssatzung DS 10/SVV/0721 nochmals zurück zu stellen, da die mit der Verwaltung angestrebte Abstimmung noch nicht erfolgt ist.

Herr Klipp bittet aufgrund der Erkrankung des bearbeitenden Mitarbeiters den TOP 4.1 BE zur Strategie der LHP im Umgang mit Natursteinpflasterstraßen nochmals zurück zu stellen.

Herr Kümmel greift seine Anregung aus der vergangen Sitzung nochmals auf und stellt den GO-Antrag, die TOP'e

- 3.6.1 Quartierfonds zur Ergänzung des Bürgerhaushalts DS 09/SVV/0536
- 3.6.2 Finanzielle Mittel zur Umsetzung des Bürgerhaushaltes DS 10/SVV/0861
- 3.6.3 Bürgerhaushalt weiterentwickeln DS 10/SVV/0865

zu vertagen und erst gemeinsam mit der Einbringung des Haushaltes 2011 im Ausschuss zu behandeln.

Frau Oldenburg spricht dafür. Dagegen spricht niemand

Abstimmung des GO-Antrages auf Vertagung bis zur Haushaltseinbringung 2011: 5/0/1

Herr Lehmann bittet die Behandlung des Antrages Stadtteilmanagement für das Projekt Gartenstadt Drewitz DS 10/SVV/0711 – TOP 3.1 – weiterhin zurück zu stellen und erst wieder aufzurufen, wenn das Umsetzungskonzept zur Gartenstadt Drewitz vorliegt (sh. Zwischenbericht DS 10/SVV/0992).

Der entsprechend geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung (teilweise vorbehaltlich der Überweisung aus der STVV Dezember 2010)

zu 3.1 Stadtteilmanagement für das Projekt Gartenstadt Drewitz (Wiedervorlage)
Vorlage: 10/SVV/0711

Fraktion CDU/ANW, Fraktion B90/Die Grünen

Die Behandlung des Antrages wird vom Antragsteller, Herrn Lehmann, bis zur Vorlage des Umsetzungskonzeptes Gartenstadt Drewitz zurück gestellt; zumind. jedoch erst einmal bis zur nächsten angekündigten Berichterstattung vor der Sommerpause (sh. TOP 3.2).

zu 3.2 Gartenstadt Drewitz, Zwischenbericht zum Stand des Umsetzungskonzeptes

Vorlage: 10/SVV/0992

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Lehmann (Stadterneuerung) informiert über die Struktur zur Projektsteuerung (Projektsteuerungsgruppe, Lenkungsgruppe und 6 Arbeitsgruppen, unterstützt durch Stadtkontor als Entwicklungsbeauftragten. Im Rahmen eines Werkstattverfahrens wird die Landeshauptstadt Potsdam erstmalig am 9.12.10 mit allen Akteuren des Stadtteils die weitere Entwicklung der Gartenstadt Drewitz beraten. Ziel ist es, einen Masterplan für den Fortgang des Planungsprozesses und die nächsten Schritte zu entwickeln und mit den Akteuren vor Ort abzustimmen. Dabei geht es um den Abgleich städtebaulicher, verkehrstechnischer und grünplanerischer Belange mit den sozialen Zielen der Erneuerung und der Verbesserung der sozialen Infrastruktur. Es ist beabsichtigt alle relevanten Akteure in diesen Prozess einzubinden.

Das Werkstattverfahren wird von dem Büro Stadt Land Fluss vorbereitet. Die Auftaktveranstaltung findet am 09.12.2010 statt, weitere Veranstaltungen sind für Januar 2011 und März 2011 geplant. Für April 2011 ist im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung eine umfassende Bürgerinformation geplant.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat die Zuwendungsbescheide für 2010 für das Programm Soziale Stadt in Höhe von rund 2,5 Mio. Euro bekommen. Danach stehen der Stadt für den Zeitraum 2011-2014 rund 4,5 Mio. Euro für die Gesamtmaßnahme Soziale Stadt Am Stern/Drewitz zur Verfügung. Damit ist als wesentliches Projekt der Umbau der Grundschule „Am Priesterweg“ zur Stadtteilschule gesichert. Ziel für die Bauantragsstellung ist Januar 2011; der Baubeginn soll voraussichtlich im Juli 2011 erfolgen. Weitere Projekte sind der Campus Stern und der Jugendclub offline.

Für das weitere Verfahren bedarf der Kontinuität und der prozessbegleitenden Fortschreibung, insbesondere um auf die Belange der Anwohner, der sozialen Akteure und der Eigentümer flexibel reagieren zu können.

Die Verwaltung schlägt vor, den bisher fixierten Termin für die Vorlage eines Umsetzungskonzeptes durch eine halbjährliche, umfassende Berichterstattung zu ersetzen. Die nächste Berichterstattung sollte vor der Sommerpause 2011 erfolgen und dann erneut zum Jahresende 2011.

Herr Kümmel dankt für die gegebenen Informationen und bittet darum, die dem Bürgeraktiv vorgestellten Variantenuntersuchungen zur Verkehrslösung, sehen zu könne (ggf. als Protokollanlage).

Frau Oldenburg vermisst Aussagen, wie die betroffenen Anwohner/innen Drewitz in die Umsetzungsgestaltung des Konzeptes einbezogen werden und erkundigt

sich nach den Themen des 3stufigen Werkstattverfahrens.

Herr Jäkel (als Ausschussmitglied) unterstützt den Vorschlag von Herrn Kümmel, die dem Bürgeraktiv vorgestellten Variantenuntersuchungen übermittelt zu bekommen.

Herr Klipp unterbreitet das Angebot, dass das Ergebnis der verkehrstechnischen Untersuchungen und auch das Werkstattverfahren im SB-Ausschuss vorgestellt werden könnte. Zur Bitte von Herrn Kümmel teilt Herr Klipp mit, dass es keine Vorzugsvariante der Verwaltung gebe. Parallel tagt heute der Stadteilrat. Im Werkstattverfahren geht es um wesentlich mehr als um das Verkehrsthema und verweist hierzu auf die Pressemitteilung v. 7.12.10 (siehe Link Stadtverwaltung).

Die Verwaltung schlägt vor, eine Betroffenenvertretung zu bilden. Das Bürgeraktiv fühlt sich nicht legitimiert, für alle Bewohner von Drewitz zu sprechen..

**zu 3.11 Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier: Prioritätenfestlegung 2011/2012
Vorlage: 10/SVV/0968
auch OBR**

Der TOP wird aufgrund der beantragten Rederechte vorgezogen.

Frau Anrhein (Bürgerinitiative Hans-Thoma-Str.) reicht den Teilnehmern eine Tischvorlage aus und erklärt, dass es erforderlich sei, die Bearbeitung des B-Planes Nr. 121 „Behlertstr.“ Priorität haben müsse.

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und teilt mit, dass die Vorlage auch in alle Ortsbeiräte überwiesen worden ist. Von daher regt sie an, die Vorlage in der heutigen Sitzung als 1. Lesung und im Januar 2011 abschließend zu behandeln.

Frau Holtkamp informiert, dass seit der letzten Beschlussfassung über die Prioritäten in der Bauleitplanung vom Oktober 2009 in gravierendem Umfang Wünsche zu neuen Planverfahren an die Verwaltung mit der Bitte um dringliche Aufnahme in die Bearbeitung herangetragen worden sind.

Mit der aktuellen Vorlage wird hierauf in zweierlei Hinsicht reagiert: Für Entscheidungsfinden darüber ist ein breiter Kriterienkatalog entwickelt worden, der stärker als bisher die wichtigsten stadtentwicklungspolitischen Aspekte umfasst. Die Vorlage enthält daher eine Bewertung der zur Einstufung in Priorität 1 und 2 vorgeschlagenen Planungen nach folgenden Kriterien:

- Kosten (Planungs- und Umsetzungskosten)
- Schaffung von Potenzialen (im Wohnungsbau und im produzierenden gewerblichen Sektor)
- Zügiges Umsetzungserfordernis
- Fiskalische Aspekte/Vermögensaktivierung für den „Konzern Stadt“ (Folgekosten)
- städtebaulich-qualitative Aspekte
- Nachhaltigkeit/Klimaschutz (Integration ins Siedlungsgefüge, Verkehrsvermeidung)

- Rechtlicher Klärungsbedarf

Hierauf stützt sich der Vorschlag zur Prioritäteneinstufung.

Dem erheblichen Druck auf die Planverfahren soll über eine Aufstockung im Stellenplan 2011 Rechnung getragen werden. Mit der beabsichtigten Aufstockung um eine Vollzeitstelle ließen sich fünf neue Planverfahren in die Bearbeitung aufnehmen. Die hieraus entstehenden Belastungen für den Personalhaushalt sind jedoch nur dann vertretbar, wenn kontinuierlich auch ein entsprechend positiver fiskalischer Effekt aus der Bauleitplanung für den städtischen Haushalt gesichert werden kann. Um diesem Anspruch Rechnung zu tragen, sollen daher künftig mindestens vier Planverfahren, die der fiskalischen Verbesserung bzw. der Vermögensaktivierung für den „Konzern Stadt“ dienen, in Priorität 1 bearbeitet werden.

Der Ausschussvorsitzende greift die Anregung zur Behandlung in 1. Lesung auf.

Herr Menzel nimmt Bezug auf die Äußerungen von Frau Anrhein und stellt folgenden Änderungsantrag und begründet diesen:
Anstelle der Zurückstufung des B-Planes Nr. 121 „Behlertstr.“ in Priorität 3, die Rückholung in Priorität 1, in Verbindung mit dem Auftrag, ein Finanzierungsmodell und einen Zeitplan im Zusammenhang mit dem Ausbau der Humboldtbrücke und der Kreuzung Berliner Straße aufzustellen.

Herr Jäkel stellt den Antrag, den B-Plan 107 „Kramnitz“ und den B-Plan 121 „Behlertstraße“ in die Priorität 2 einzuordnen.
Zur Frage, welche B-Plan verfahren statt dessen zurück gestellt werden sollten, wird er sich in seiner Fraktion verständigen.

Frau Oldenburg nimmt Bezug auf den in der STVV vor einer Woche gefassten Beschluss zum B-Plan 18, Teilbereich Gewerbe und stellt folgenden Antrag:
Die Änderung des B-Planes 18 „Kirchsteigfeld – Teilbereiche Gewerbegebiet“ ist aus der Liste der „vorrangigen Nachrücker in Priorität 1“ zu streichen.
Anstelle dessen ist der B-Plan 121 Behlerstr. zu setzen
Sie begründet dies mit dem Beschluss der STVV 10/SVV/0856, der zunächst die Verwaltung beauftragt die Nutzungspotentiale des Plangebietes zu untersuchen. Erst danach wären überhaupt die Planungsgrundlage und –inhalte gegeben bzw. bekannt.

Herr Klipp betont nochmals die angespannte Haushaltssituation; die Wertschöpfung aus Bauleitplanung soll künftig überwiegend beim Konzern Stadt verbleiben.

Hinsichtlich der Ausführungen der Vertreterin der Bürgerinitiative H.-Thoma-Str. berichtet Herr Klipp, dass es im Spätsommer einen Termin an seinem Tisch gegeben habe. Er macht deutlich, dass die Finanzierung der Maßnahme nicht gesichert ist und auch keine Möglichkeit gesehen wird, die Maßnahme in der Investitionsplanung vorzuziehen. Es hat daher keinen Sinn, die Bearbeitung eines B-Planes in der Priorität 1 zu beantragen, ohne eine Finanzierungsmöglichkeit des Straßenumbaus bis 2015 zu haben.

Herr Klipp sichert zu, dass die Behandlung des B-Plan-Verfahrens vorgezogen werden würde, wenn die Finanzierung gesichert ist. Ein Vorziehen der Investitionsmaßnahme Behlertstraße in den Investitionsplan 2012 sei jedoch nicht

möglich.

Zur Frage von Herrn Kümmel bzgl. des B-Planes Kaserne Krampnitz informiert Herr Klipp, dass sich der B-Plan Nr. 107 „Kaserne Kramnitz“ auf der Nachrückerliste aus Priorität 3 in Priorität 1 befindet. Die Aufnahme würde abhängig vom Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen und bei entsprechender Stellenausstattung erfolgen.

Zugleich macht Herr Klipp aufmerksam, dass er bei jedem Vorschlag ein B-Plan-Verfahren in eine höhere Priorität zu nehmen, auch um einen Gegenvorschlag bitte, welcher B-Plan dann in die entsprechend tiefere Priorität genommen werden sollte.

Der B-Plan 18 „Kirchsteigfeld“ befindet sich auf der Nachrückerliste in Priorität 1. Im Moment ist zwar noch nicht klar, welches Planerfordernis dort entsteht, aber man könne davon ausgehen, dass es ein Planerfordernis gibt.

Herr Willuhn (stellvertretender Ortsvorsteher) ist zwischenzeitlich eingetroffen und nimmt das Rederecht wahr. Er bittet den B-Plan „Am Friedhof (Fahrland) von der Priorität 3 in die Priorität 1 zu nehmen. Ggf. signalisiert er die Bereitschaft, dass extern Unterstützung gegeben werden könnte.

Herr Goetzmann informiert zum Anliegen von Herrn Willuhn, dass die Abwägung der unterschiedlichen B-Plan-Verfahren vorgenommen wird. Es wird eingeschätzt, dass im Ortsteil Fahrland aktuell Krampnitz einen deutlich höheren Stellenwert habe.

Der Ausschussvorsitzende richtet die Bitte an die Verwaltung, zu den heute geäußerten Änderungswünschen zu reagieren. Dies solle in Stichpunkten im Vorgriff auf die nächste Sitzung erfolgen (Übermittlung per e-mail ein paar Tage vor der Sitzung).

Herr Teuteberg ergänzt, dass es in Vorbereitung der Sitzung auch hilfreich wäre, wenn eine Einschätzung zur Höhe des tatsächlichen Aufwandes für die Bearbeitung der einzelnen Bebauungsplan-Verfahren in Priorität 1, 2 und 3, ebenfalls rechtzeitig vor der Sitzung den Ausschussmitgliedern vorliegen würde.

Seitens der Verwaltung erfolgt Zustimmung.

Die abschließende Behandlung der DS wird auf die Sitzung am 11.1.11 vertagt.

zu 3.3 Groß Glienicke - Busring 4. und 5. Bauabschnitt: Seepromenade (Wiedervorlage)

Vorlage: 10/SVV/0600

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Oberbürgermeister, SB Recht

TOP 3.3 und 3.4 werden gemeinsam behandelt.

Herr Jäkel bringt seinen Änderungsantrag zur DS 10/SVV/0600 aus der Oktober-Ausschusssitzung in Erinnerung:

Der vorliegende Antragstext ist durch folgenden Text zu ersetzen:

Der OBM, Herr Jakobs, wird beauftragt, für die Seepromenade im Teilabschnitt von der Richard-Wagner-Straße bis zur Bergstraße einen überarbeiteten Plan zu erstellen, bei dem die Anlage eines Gehweges in Breite und Oberflächenbefestigung eindeutig dem Erhalt der übergroßen Mehrheit der vorhandenen Straßenbäume unterzuordnen ist und auf die Verschiebung der Bushaltestelle beim Friedrich-Günther-Park verzichtet wird. Es ist so zu planen, dass nicht mehr als 15 Bäume insgesamt gefällt werden müssen. Die so veränderte Planung ist dem Ortsbeirat Groß Glienicke vorzustellen und die Anwohner sind anschließend erneut zu beteiligen. Sollte auch dieser Plan nicht Konsens finden, ist die Angelegenheit erneut der STVV vorzulegen.

Der Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung den aktuellen Sachstand darzustellen.

Frau Woiwode (AG Verkehrsanlagen) greift die im Oktober 2010 im SB- und im KOUL-Ausschuss vorgestellte Kompromissvariante auf. Diese beinhaltete:

1. *Gehwege beidseitig zwischen Hechtsprung und Bergstraße mit einer Breite von 1,5 m*
2. *Verschiebung der Bushaltestelle vor dem Seniorenheim*
3. *Verzicht auf die Mittelinsel*
4. *Fahrbahnbreite von 6 m*
5. Zufahrten nur anpassen, bzw. in den Bereichen mit neuem Gehweg standardisierte Zufahrten unter Berücksichtigung der Bäume herstellen
6. *'Makulatur' des verbleibenden Gehwegs.*

Diese Kompromissvariante ist im Ortsbeirat am 16.11.10 mit folgendem Ergebnis behandelt worden:

1. Gehwege beidseitig zwischen Hechtsprung und Bergstraße mit einer Breite von 1,5 m – angenommen
2. Verschiebung der Bushaltestelle vor dem Seniorenheim – angenommen
3. Verzicht auf die Mittelinsel – in geänd. Form (Der Bau einer kleineren Mittelinsel wird als ausreichend angesehen.) - angenommen einstimmig angenommen.
4. Fahrbahnbreite von 6 m - angenommen
5. *Zufahrten nur anpassen, bzw. in den Bereichen mit neuem Gehweg standardisierte Zufahrten unter Berücksichtigung der Bäume herstellen - angenommen*
6. 'Makulatur' des verbleibenden Gehwegs - abgelehnt

Zusätzlicher Punkt 7.

Die Bushaltestelle am Kreuzungsbereich Richard-Wagner-Straße/Seepromenade ist zu belassen wie sie ist. - angenommen

Zusätzlicher Punkt 8.

Beleuchtung – wie von der Verwaltung vorgeschlagen:

Keine Empfehlung durch den OBR (Wenn der neue Gehweg gebaut wird, geht der Ortsbeirat davon aus, dass ihm ein entsprechender Vorschlag bezüglich der Beleuchtung unterbreitet wird.)

Zusätzlicher Punkt 9.

Gutachten Ingenieurgesellschaft Prof. Dr. Sieker mbH:

(Übergabe des Gutachtens an Verwaltung)

Frau Woiwode informiert aus Sicht der Verwaltung zu den v.g. Voten des OBR (sh. auch Anlage zum Protokoll – Gegenüberstellung):

Punkt 3, dass dies nicht umsetzbar ist, da die Bushaltestellen direkt gegenüber liegen, keine bautechnischen Vorteile gesehen werden und kein Einsparpotential hinsichtlich Kosten und erforderlicher Baumfällungen.

Punkt 6 – der Gehweg ist auf der gesamten Ausbaulänge gefordert = Vorlage STVV

Zusätzl. Punkt 7 – Prüfung könnte erfolgen; wenn dies nicht möglich ist, erfolgt Info. im SB-Ausschuss

Zusätzl. Punkt 8 – müsste im Zusammenhang mit Punkt 7 entschieden werden

Zusätzl. Punkt 9 – hier wird es im Januar des kommenden Jahres einen Termin mit dem Gutachter geben.

Herr Menzel informiert, dass im OBR angesprochene Gutachten von Herrn Prof. Dr. Sieker zur Versickerung im Bereich der Seepromenade, einschl. der Stellungnahme der Verwaltung dazu, allen SB-Ausschussmitgliedern heute als Tischvorlage ausgelegt worden ist.

Herr Menzel wirbt für ein dezentrales Konzept als preiswertere Maßnahme.

Der Ausschussvorsitzende macht aufmerksam, dass sich 4 Vorlagen/Anträge im Geschäftsgang befinden und verliest diese nochmals:

- Vorlage der Verwaltung 10/SVV/0600

Ausbau der Seepromenade im Teilabschnitt von der Richard-Wagner-Straße bis zur Bergstraße als beitragspflichtige Baumaßnahme nach dem Kommunalabgabengesetz und der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen und von Kostenersatz für Grundstückszufahrten der Landeshauptstadt Potsdam vom 19.05.2006 (Straßenausbaubeitragssatzung)

- Antrag Fraktion SPD 10/SVV/0630

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass beim Ausbau der Seepromenade in Groß Glienicke zwischen dem Bau des Gehweges und den an der Straße stehenden Lindenbäumen sorgsam abgewogen wird. Es soll die Variante gewählt werden, möglichst viele Bäume zu erhalten und trotzdem die Sicherheit für die nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten. Der Ausbau mit Entwässerung soll nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden.

- Änderungs-/Ergänzungsantrag zur DS 10/SVV/0630 der Fraktion CDU/ANW

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die geplanten Baumaßnahmen in der

Seepromenade in Groß Glienicke auf die erforderlichen Instandsetzungsarbeiten zu begrenzen und die Regenentwässerungsleitung in einem modernen Einbringungsverfahren verlegen zu lassen, so dass der gut erhaltene Straßenbelag nur an wenigen Anschlussstellen geöffnet werden muss.

- Änderungsantrag von Herrn Jäkel zur DS 10/SVV/0600
Sh. oben festgehalten.

Herr Jäkel vertritt die Ansicht, dass aus der Verwaltungsvorlage (DS 10/SVV/0600) nicht erkennbar sei, was passieren soll.

Der Ortsvorsteher, Herr Kaminski, teilt auf Nachfrage von Herrn Lehmann mit, dass der Antrag 10/SVV/0630 im Ortsbeirat GG nicht Beratungsgegenstand gewesen ist. Der OBR ist nur gebeten worden, zu den Änderungen der Verwaltung zur DS 10/SVV/0600 eine Stellungnahme abzugeben.

Frau Woiwode informiert über die Hauptablehnungsgründe nach der Anliegerbeteiligung vom März 2010 nach erfolgter Planerwerkstatt (wird dem Protokoll als Anlage beigelegt).

Nach kurzer weiterer Diskussion fasst Herr Klipp zusammen:
Der Antrag der SPD-Fraktion, Varianten zu finden, ist durch Verwaltungshandeln erledigt worden.

Zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion ist bauliche Prüfung – Vortriebsverfahren nicht möglich – erfolgt.

Aufgrund OBR-Beschluss den gesamten Gehweg grundhaft auszubauen wäre die Konsequenz Baumfällungen. Deshalb sieht er in der weiteren Verfolgung des „Kompromisses“ der Verwaltung und der Nichtbeachtung des Votums des OBR keine Alternative.

Herr Klipp schlägt zum weiteren Verfahren vor, auf der Grundlage des Kompromissvorschlages in die erneute Anliegerbeteiligung (d.3. Anliegerbefragung) zu gehen; und dabei auf die Ablehnungsgründe der vorherigen Anliegerbeteiligung einzugehen. Unter dieser Voraussetzungen könnte die Verwaltungsvorlage 10/SVV/0600 zurück gezogen werden. Ein klärendes Gespräch mit dem Gutachter ist in der 2. Januar-Woche 2011 geplant. Erst danach könne man in die Anliegerbeteiligung gehen. Sollten die Anlieger mehrheitlich zustimmen, könne mit dem Bau begonnen werden. Falls nicht, würde die Verwaltung auf der Basis der Kompromissvariante eine neue Vorlage in die STVV einbringen.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, heute auf die Abstimmung aller vorliegenden Vorlagen/Anträge zu verzichten.

Herr Menzel unterstützt den von Herrn Klipp vorgeschlagenen Weg.
Er informiert zur Fällung der ersten Linde in der Seepromenade.

Frau Woiwode berichtet hinsichtlich der angesprochenen Baumfällung, dass der Auftrag bereits am 29.7.10 aufgrund Gefahrenabwehr ausgelöst worden ist und

jetzt nur noch der Torso entfernt wurde.

Herr Lehmann plädiert dafür, dass die Anträge im Geschäftsgang bleiben. Die Ergebnisse der Anliegerbeteiligung sollten abgewartet werden.

Herr Jäkel informiert zu seinem Antrag über die Streichung des Mittelsatzes.

Herr Klipp zieht den Antrag der Verwaltung 10/SVV/0600 zurück.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Anträge der Fraktionen SPD, CDU und von Herrn Jäkel zurück zu stellen bis das Ergebnis der Anliegerbeteiligung im Ausschuss vorgestellt worden ist.

zu 3.4 Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke (Wiedervorlage)

Vorlage: 10/SVV/0630

Fraktion SPD
mit Änderungsantrag Fraktion CDU/ANW

Sh. TOP 3.3

zu 3.5 Straßenausbaubeitragssatzung (Wiedervorlage)

Vorlage: 10/SVV/0721

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP

Vertagt auf die Sitzung 11.1.2011.

zu 3.6 Bürgerhaushalt

zu 3.6.1 Quartiersfonds zur Ergänzung des Bürgerhaushalts

Vorlage: 09/SVV/0536

Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere

Vertagt; die DS wird gemeinsam mit der Einbringung des Haushaltes 2011 erneut aufgerufen.

zu 3.6.2 Finanzielle Mittel zur Umsetzung des Bürgerhaushaltes

Vorlage: 10/SVV/0861

Gruppe Die Andere

Vertagt; die DS wird gemeinsam mit der Einbringung des Haushaltes 2011 erneut aufgerufen.

zu 3.6.3 Bürgerhaushalt weiterentwickeln

Vorlage: 10/SVV/0865

Fraktion SPD

Vertagt; die DS wird gemeinsam mit der Einbringung des Haushaltes 2011 erneut aufgerufen.

zu 3.6.4 Bürgerhaushalt Potsdam
Neuauflage Beteiligungskonzept Bürgerhaushalt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0887

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV und Beigeordneter für Zentrale Steuerung und Service
mit Änderungsantrag der Fraktion Grüne/B90

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung das Beteiligungskonzept Bürgerhaushalt Potsdam unter Berücksichtigung des vorliegenden Änderungs- Ergänzungsantrages der Fraktion Bündnis 90/die Grünen und den dort vorgenommenen Änderungen zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Beteiligungskonzept Bürgerhaushalt Potsdam (siehe Anlage).

„Zu Punkt 3.1. Beteiligungsgegenstand (S. 8)

Streichung des letzten Satzes.

„Zu den Beteiligungsgegenständen sollen auch Vorschläge zu Investitionen gehören.“

An dessen Stelle einfügen:

Zum Beteiligungsgegenstand gehören auch Investitionen, vorrangig solche, die kommunale Hochbauten und öffentliche Räume, wie Straßen, Spielplätze, Sportanlagen und Grünflächen betreffen.“

Dazu wird beginnend mit dem Bürgerhaushalt 2012, der Bürgerschaft die Möglichkeit eingeräumt, über eine Liste an Investitionsvorschlägen der Verwaltung und der Bürgerschaft, für die Investitionsplanung in zweijährigem Abstand (also zunächst für Investitionen im Jahr 2014) zu votieren. Die von der Stadtverordnetenversammlung angenommenen Vorschläge dieser Liste, werden auf diese Weise verbindlicher Bestandteil der mittelfristigen Investitionsplanung.

Zu Punkt 4. Zusammenfassung (S. 12)

Streichung des Satzes:

Es können Sonderthemen, wie zum Beispiel Bauinvestitionen, in einem bestimmten Rhythmus, z. B. alle zwei Jahre, als separater Beteiligungsgegenstand aufgenommen werden.

An dessen Stelle einfügen:

Es können Sonderthemen, wie im Fall der Bauinvestitionen, die zukünftig in zweijährigem Rhythmus beraten und votiert werden, als separater Beteiligungsgegenstand aufgenommen werden.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 3.6.5 Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2011 "Liste der Bürgerinnen und Bürger"
Vorlage: 10/SVV/0920
auch alle Ortsbeiräte

Bzgl. des Bürgervorschlages Sportplätze Vorgelände Babelsberger Park nimmt Herr Kallenbach (SV Concordia Nowawes) das Rederecht wahr und stellt anhand einer Präsentation das Anliegen und die gegenwärtige Situation dar. Problem sei die Nähe zum Weltkulturerbe. Herr Kallenbach spricht denkbare Kompromisse, z.B. Errichtung eines Funktionsgebäudes in Randlage an.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) erinnert, dass in der letzten Ausschusssitzung darum gebeten worden ist, zu diesem Vorhaben (Vorschlag der Bürger mit den meisten Stimmen) Informationen zu erhalten. Herr Goetzmann gibt anhand eines Luftbildes Erläuterungen zur räumlichen Lage und zu den Größenverhältnissen. Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten hat ausdrücklich Sportflächen und diesbezügliche Flächentausche im Vorgelände des Babelsberger Parkes abgelehnt.

Die Stiftung hat jedoch den Vorschlag unterbreitet, erwerbbar Flächen aus der Insolvenzmasse des sog. „Potsdamer Fensters“ (zwischen Zentrum Ost und Nuthestraße) gegen Flächen der Stadt im Vorgelände des Babelsberger Parks zu tauschen, wenn damit auf der Südseite der Nuthestraße die Sportflächen untergebracht werden können.

Aus Sicht der Verwaltung kann dies nicht empfohlen werden, da die Flächen zu gering sind und außerdem zu nah an Wohngebäuden liegen.

Herr Kümmel stellt den GO-Antrag, auch diesen TOP bis zur Einbringung des Haushaltes zurück zu stellen. Es ist wenig sinnvoll, die Vorschläge der Bürger abzustimmen, ohne den Haushaltsentwurf für das nächste Jahr zu kennen.

Herr Schütt spricht für den GO-Antrag.

Der GO-Antrag auf Zurückstellung der DS und Behandlung gemeinsam mit der Einbringung des Haushaltes 2011 wird abgestimmt: 4/1/1

zu 3.7 Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. SAN-P 13 "Havelufer/Alte Fahrt"
Vorlage: 10/SVV/0937
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Frau Jantzen (Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein. Sie berichtet, dass der Bebauungsplan für das Havelufer aufgestellt wird, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung der Sanierungsziele und deren im Rahmen der Planungswerkstatt Potsdamer Mitte erfolgten Konkretisierung zu schaffen. Da es

sich hierbei um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung handelt und die maßgeblichen Obergrenzen der überbaubaren Flächen nicht überschritten werden, wird er im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB – Bebauungspläne der Innenentwicklung – aufgestellt. Mit der Anwendung des § 13a BauGB kann durch die zügige Schaffung von Planungsrecht voraussichtlich eine Bebauung der Grundstücke des Plangebietes in zeitlichem Zusammenhang mit der Errichtung des Landtagsneubaus erfolgen. Derzeit wird die Neuordnung des Verkehrs in der Potsdamer Mitte durchgeführt, die voraussichtlich Ende 2011 abgeschlossen sein wird. Parallel wird mit dem Neubau des Brandenburgischen Landtages auch der angrenzende Bereich am Havelufer entwickelt werden. Neben der Aufstellung des Bebauungsplans „Havelufer/Alte Fahrt“ wurde für alle den Landtagsneubau umgebenden Bereiche das Integrierte Leitbautenkonzept erarbeitet und im September 2010 von der StVV beschlossen. Das Leitbautenkonzept geht über die Festsetzungen des Bebauungsplans im Hinblick auf Gestaltungs- und Nutzungsvorgaben hinaus. Ziel dieser mehrschichtigen Planungen ist die Entwicklung eines hochwertigen, belebten Stadtquartiers in der Potsdamer Mitte für Bewohner wie Besucher.

Herr Bockhorst (Conradi und Partner Stadtplaner und Architekten) geht an Hand von Fotos auf die Historie ein und erläutert die Festsetzungen des Bebauungsplanes.

Herr Kümmel erkundigt sich zur Baulinie Ersatzbau für das Palasthotel.

Herr Teuteberg stellt fest, dass der Uferweg im Bebauungsplan als öffentliche Grünfläche ausgewiesen ist und hinterfragt die Zweckbestimmung Uferpromenade. Seines Erachtens müsse Spielraum für kommende Ideen gelassen werden, um eine ansprechende Belebung auf der Ostseite herzustellen (z.B. Möglichkeit der gastronomischen Nutzung). Aspekte, wie vielfältige gastronomische Nutzung und hohe Aufenthaltsqualität sieht Herr Teuteberg in den Zielsetzungen des Bebauungsplanes noch nicht ausreichend berücksichtigt und spricht sich für die Aufnahme als z.B. öffentliche Aufenthaltsfläche in den textlichen Festsetzungen aus.

Herr Klipp macht deutlich, dass sich diese Aspekte als Vorgaben für die Vergabe der Grundstücke wieder finden. Bei der Auswahl der Bewerber-/Nutzungskonzepte werde dies berücksichtigt.

Herr Jäkel (als Ausschussmitglied) begrüßt die Promenade Uferweg und stellt folgenden Änderungsantrag:

Die Baugrenze wird in Verlängerung der rückwärtigen Front des Alten Rathauses eingetragen in Übereinstimmung mit dem Masterplan der Planungswerkstatt Potsdamer Mitte. Die Grenze des Sanierungsgebietes Potsdamer Mitte wird als Baugrenze festgesetzt.

Er begründet dies, dass die Grenze der Bebauung in der Planungswerkstatt Potsdamer Mitte und im integrierten Leitbautenkonzept übereinstimmend festgesetzt wird, und zwar auf der Grenze des Sanierungsgebietes. Diese Grenze soll nicht durch den Bebauungsplan in nord-östlicher Richtung verschoben werden.

Frau Oldenburg begrüßt die Qualitätssicherung bei der Ausschreibung zu berücksichtigen.

Herr Klipp greift die von Herrn Teuteberg hinterfragte Grünfläche auf. Hier handelt es sich um eine Mischverkehrsfläche (wie zum Beispiel am Nauener Tor). Die Vergabe erfolge via Sondernutzung, so dass ein Miteinander von anderen Verkehrsteilnehmern möglich ist (z.B. auch das Aufstellen von Stühlen und Tischen) ; aber z.B. auch der Einsatz von Pontons. Der Realisierungswettbewerb steht bevor, auf den Einfluss genommen werden kann. Eine Aufnahme in den textlichen Festsetzungen sei nicht erforderlich.

Der Änderungsantrag von Herrn Jäkel wird abgestimmt: 2/4/0.

Die ungeänderte DS 10/SVV/0937 wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. SAN-P 13 "Havelufer/Alte Fahrt" wird öffentlich ausgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 3.8 **Bebauungsplan Nr. 125 'Uferzone Griebnitzsee' , Beschluss zur öffentlichen Auslegung und Änderung des Geltungsbereiches**
Vorlage: 10/SVV/0939
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Der TOP 3.8 und 3.9 werden gemeinsam behandelt

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) berichtet, dass es gelungen ist, entsprechend der Forderung der Stadtverordnetenversammlung den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 125 „Uferzone Griebnitzsee“ zu deren Sitzung am 1.12.2010 vorzulegen. Mit der Festsetzung eines durchgehenden Uferweges soll der Anspruch an ein Landschaftserleben für die Allgemeinheit am gesamten Südufer des Griebnitzsee weiterverfolgt werden.

Die Belange der Eigentümer werden dabei so weit wie möglich berücksichtigt – so sollen private Grundstücksflächen lediglich für den Weg beansprucht werden, der Weg wird überwiegend in unmittelbarer Ufernähe geführt, teilweise auch über die bundeseigenen Ufergrundstücke der Wasserstraßenverwaltung. Mit einem größtmöglichen Abstand zwischen Weg und Gebäude wird so die Beeinträchtigung für die Eigentümer gemindert, zugleich das Landschaftserleben für die Nutzer des Weges erhöht, auch wenn diese Trassierung zum Teil deutlich

höheren technischen Aufwand erfordert.

Die nicht für den Weg benötigten Grundstücksbereiche privater Eigentümer werden vollständig als private Grünflächen, wenn auch mit unterschiedlich definierter Bebaubarkeit vorgesehen.

Auch mit der Festsetzung von Bootshäusern und Stegen kommt die Stadt den Interessen der Eigentümer entgegen: Vor jedem Seegrundstück soll in Abhängigkeit von den landschaftlichen Sichtbereichen ein Bootshaus oder ein Steg errichtet werden können. Maßstab für die Einordnung ist die Freihaltung der besonders bedeutsamen Ausblicke auf und über den See sowie die Öffnung in die Landschaft an den jeweiligen Seezugängen. Insgesamt sollen bis zu 40 Bootshäuser und 17 Stege zugelassen werden.

Für die Öffentlichkeit werden auf dem ca. 3 km langen Weg in regelmäßigen Abständen öffentliche Grünflächen vorgesehen, auf denen die Aufenthaltsqualität am Ufer z. B. durch das Aufstellen von Bänken aufgewertet werden soll. Im Bereich der Virchowstraße, wo kaum öffentliches Eigentum zur Verfügung steht, ist zusätzlich eine öffentliche Aussichtsplattform vor dem Ufer geplant.

Den mit der Umsetzung verbundenen finanziellen Aufwand beziffert die Landeshauptstadt mit insgesamt ca. 12,8 Mio €, die allerdings noch eine Schwankungsbreite aufweisen. Sie können niedriger ausfallen, wenn es gelingt, mit Teilen der privaten Eigentümer einvernehmliche Regelungen zu erreichen. Diese Aufwendungen, die zu erheblichen Teilen auch Entschädigungen für den Eingriff in privates Eigentum umfassen, werden sich zweifellos über einen längeren Zeitrahmen erstrecken. In den nächsten Jahren wird das Schwergewicht zunächst auf der Verfügbarkeit der Grundstücksflächen und ersten Baumaßnahmen in zugänglichen Abschnitten liegen; die Gesamtmaßnahme wird voraussichtlich deutlich über das Jahr 2015 hinausreichen.

Die Planungsinhalte des Entwurfs gehen davon aus, dass die Landeshauptstadt die zum Verkauf vorgesehen Ufergrundstücke der Bundesrepublik erwerben wird. Das Bundesfinanzministerium und der Haushaltsausschuss des Bundestags haben bislang noch keine Entscheidung darüber getroffen, an wen die Ufergrundstücke verkauft werden sollen – eine Entscheidung wird frühestens im Dezember erwartet.

Zur DS 10/SVV/0950 ist die Anpassung des Geltungsbereiches erforderlich, da er auf das absolute Mindestmaß zu reduzieren ist.

Herr Teuteberg bestätigt, dass die Zielsetzung des B-Planes – Gestaltung des öffentlichen Uferweges – von allen gewünscht ist; jedoch hält er den Zeitpunkt für zu spät. Die Information zur Kostenposition 12,8 Mio € sei für die Landeshauptstadt Potsdam unzumutbar.

Frau Oldenburg begrüßt den B-Plan-Entwurf, da der Eingriff in das private Eigentum sehr gering gehalten wird.

Auf die Frage von Herrn Menzel hinsichtlich der Probleme in Bezug auf die Bundeswasserstraße, berichtet Herr Goetzmann, dass es sich zunächst um ein formal juristisches Problem handelt. Schiffswegen sind privilegiert gegenüber dem Hoheitsraum der Kommune. Dies ist durch die Gesetzgebung begünstigt.

Herr Jäkel (als Ausschussmitglied) bestätigt, dass die Stadt in maximaler Art und Weise auf die privaten Anrainer Rücksicht genommen habe (große

Zugeständnisse seitens der Stadt).

Herr Schütt legt diese Zugeständnisse der Stadtverwaltung, insbesondere die Zulässigkeit von Stegen und Bootshäusern, als Schwäche aus.

Herr Dr. Jacob gibt dem Entwurf seine volle Zustimmung und nimmt dabei Bezug auf den Erhalt eines lebenswerten Weges für nachfolgende Generationen.

Herr Goetzmann stellt dar, dass die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes dafür maßgeblich sei. Entweder es gebe einen grundsätzlichen Verzicht auf Bootshäuser und Stege oder Vorgaben zur Zulassung.

Die Vorlage 10/SVV/0939 wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 125 'Uferzone Griebnitzsee' wird nach § 9 Abs. 7 BauGB geändert (verkleinert) gemäß Anlage 1.
2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 125 'Uferzone Griebnitzsee' ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (Anlagen 2 bis 4).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 1

zu 3.9 Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 125 "Uferzone Griebnitzsee"

Vorlage: 10/SVV/0940

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Sh. TOP 3.8

Die Vorlage 10/SVV/0940 wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 125 „Uferzone Griebnitzsee“ der Landeshauptstadt Potsdam gemäß § 14 BauGB mit reduziertem Geltungsbereich (gemäß Anlagen 1 und 2).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

**zu 3.10 Bebauungsplan Nr. 20 "Am Obelisk" Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: 10/SVV/0961**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein. Sie geht auf die Planungsziele ein:

- Freihaltung der Sichten in unmittelbarer Verlängerung der Hauptallee des Parkes Sanssouci/Dreikönigstor
- Schaffung einer öffentlichen Grünanlage mit einem Gartenlokal
- Wiederherstellung des historischen Ensembles am Obelisk mit Wiederaufbau der Villa Persius.

In der Planzeichnung enthalten ist daher:

- Festsetzung der öffentlichen Grünfläche/Parkanlage
- Fläche mit besonderem Nutzungszweck/Gartenlokal
- Baufeld für Villa Persius mit Baulinien entsprechend dem historischen Baukörper

Die beteiligten Träger öffentlicher Belange befürworten die Planung. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Juli 2009 führte seitens der Eigentümerin zu erheblichen Bedenken gegen die Planung, da eine wirtschaftliche Nutzung der betroffenen Fläche nicht mehr möglich sei. In der Abwägung der vorgebrachten privaten und öffentlichen Belange empfiehlt die Verwaltung, an den Planungszielen festzuhalten.

Weiterhin informiert Frau Holtkamp, dass die Verwaltung parallel zum weiteren Planverfahren beabsichtigt, sowohl die vorgesehene öffentliche Grünfläche als auch die für das Gartenlokal vorgesehene Fläche anzukaufen.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 20 „Am Obelisk“ ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (s. Anlagen 1 und 2).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

zu 3.12 Aufstellung touristischer Informationstafeln auf Bundesautobahnen für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 10/SVV/0740
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) geht auf einzelne Rückfragen der Teilnehmer ein.

Der SB-Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 3.13 Verwaltungsvereinbarung zum Weltkulturerbeschutz
Vorlage: 10/SVV/0805
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Zum Zeitplan befragt, informiert Herr Goetzmann, dass es den Versuch gibt, bis Januar 2011 eine Vereinbarung zustande zu bringen.

Der SB-Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 3.14 Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße
Vorlage: 10/SVV/0915
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Jäkel äußert sich unzufrieden mit dem vorgelegten Prüfergebnis und kündigt eine entsprechende Antragstellung seiner Fraktion an.

Der SB-Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 3.15 Platz vor dem Jagdschloss Stern
Vorlage: 10/SVV/0906
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Kümmel zeigt sich enttäuscht vom vorgelegten Prüfergebnis und bittet, diesen touristischen Anziehungspunkt in das Radfahrkonzept aufzunehmen.

Herr Goetzmann informiert, dass sich der Anspruch mit der Erhöhung der Betriebsfrequenz, welche mit einer gastronomischen Nutzung verbunden wäre, erhöhen wird.

Der SB-Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 erneute BE zur Strategie der Landeshauptstadt Potsdam im Umgang mit Natursteinpflasterstraßen (Pflasterstraßen) - sh. bitte aus SB-Ausschuss 13.04.10
FB Grün- und Verkehrsflächen

Vertagt auf die Sitzung 11.1.2011.

zu 4.2 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 28.10.10 bis 10.11.10 und 11.11.20 - 24.11.10 sowie Beantwortung der Nachfragen aus der Sitzung vom 09.11.10
einschl. Information
- Katharinastraße 11 in Drewitz

- Wattstr. 9/Siemensstr. 5/Eckhaus in Babelsberg
FB Stadtplanung und Bauordnung

Vertagt auf die Sitzung 11.1.2011.

Bzgl. der erbetenen Information zur Katharinastr. 11 in Drewitz wird sich Herr Lehmann direkt mit Herrn Goetzmann in Verbindung setzen, so dass diese Information beim nächsten Mal entfallen kann.

zu 5 Verständigung zum Umgang mit außerordentlichen Zusammenkünften

Vertagt auf die Sitzung 11.1.2011.

zu 6 Sonstiges

keine